

Grenzen des Wachstums – Grenzen des Kapitalismus?

STEPHAN LESSENICH, KLAUS DÖRRE

In jüngster Zeit hat der Kapitalismus wieder von sich reden gemacht. War der Begriff nicht nur in öffentlichen Debatten, sondern auch in der wissenschaftlichen Diskussion lange tabu, so haben die schweren Finanzkrisen und ihre weitreichenden gesellschaftlichen Folgen zumindest für einen kurzen historischen Moment grundsätzliche Fragen der Wirtschaftsordnung, ihrer Widersprüche und ihrer Nachhaltigkeit auf die politische Tagesordnung gesetzt. Kann der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen Gestalt als Finanzmarktkapitalismus überleben, kann er eine stabile wirtschaftliche Entwicklung und einen verallgemeinerten sozialen Fortschritt gewährleisten? Für eine Weile war die öffentliche Meinung in dieser Frage uneins und verunsichert. Die allgemeine Irritation währte allerdings nicht allzu lange; parallel zu den gigantischen steuerstaatlichen Aktivitäten zur Rettung des Bankenwesens setzten bereits neuerliche politisch-ökonomische Bemühungen um die Einleitung eines neuen Wachstumszyklus ein. Zur vergangenen Europawahl übten sich dann die maßgeblichen parteipolitischen Akteure, in Deutschland wie auf dem gesamten Kontinent, schon wieder einträchtig in „business as usual“: Während die CDU in ihrer Wahlkampagne für ein Europa antrat, das „mehr Arbeit und Wachstum“ schafft, warb die SPD für „Ein Europa des Wachstums. Nicht des Stillstands.“

Auf die Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft mit dem Verweis auf deren Alternativlosigkeit und dem Ruf nach mehr vom selben – eben nach der nächsten Runde einer „Entfesselung der Wachstumskräfte“ – zu antworten: das hat Tradition. In den Jahren nach 2008 traf dieses klassische Krisenbewältigungskonzept allerdings auf eine gesellschaftliche Konstellation, in der schon zuvor eine wachsende Kritik am Wachstumsmodell der spätindustriellen Gesellschaften eingesetzt hatte. Eine ganze Reihe von Weltklimagipfeln, scheinbar sich häufende Naturkatastrophen aller Art, massive (nicht selten auch offen kriegerische) Konflikte um wertvolles Land und gefragte Bodenschätze, der durch die Verknappung leicht zugänglicher fossiler Energieressourcen angetriebene Drang zum „Fracking“: All diese und eine Unzahl weiterer Phänomene ließen die von zivilgesellschaftlichen Akteuren seit Längerem vertretene Ansicht, dass die Lebensweise der entwickelten Industrienationen nicht ohne Weiteres zu globalisieren sein wird und die planetarischen Grenzen allmählich in die Reichweite menschlicher Umweltvernutzung geraten, zunehmend plausibel werden. Dass es „so“ – mit massenhaftem Individualverkehr und immer noch steigendem Energieverbrauch, mit der Überlastung natürlicher Stoffkreisläufe und der Überausbeutung menschlicher Arbeitskraft in den Billigproduktionshöhlen des globalen Südens – „irgendwie“ nicht weitergehen könne, dämmert im öffentlichen Bewusstsein immer mal wieder.

Dass der kurze Sommer der finanzmarktkritischen Anarchie nach dem Zusammenbruch von Lehman Brothers einerseits, der lange Frühling der wachstumskritischen Bewegung seit dem ersten Report des Club of Rome zu den „Limits to Growth“ im Jahre 1972 andererseits nicht ineinander

übergangen, dass also aus einer gesellschaftskritischen Perspektive gesehen bislang nicht zusammenkam, was zusammengehört, liegt maßgeblich – so unsere Diagnose jedenfalls für den deutschen Fall – an der fehlenden Kapitalismusanalyse bei den meisten Kritiken der Wachstumsgesellschaft. Was hier den öffentlichen Diskurs dominiert, ist entweder eine stark kulturalistisch geprägte, nicht selten auch anthropologische Anleihen nehmende Kritik am modernen Konsummenschen, an dessen politisch umzuerziehenden Wesen Natur und Umwelt genesen sollen; oder aber eine von sozialen Ungleichheitsstrukturen jedweder Art absehende Institutionenkritik, die in (gewollter oder ungewollter) Nähe zu neoliberalen Verzichtsideologien propagiert, dass „wir alle“, vom Tellerwäscher bis zum Millionär, unsere Verbrauchsgürtel enger zu schnallen hätten.

Das vorliegende Schwerpunktheft der WSI-Mitteilungen sucht in beiderlei Hinsicht einen Kontrapunkt zu setzen, indem es dazu einlädt und anregen soll, Wachstumskritik und Kapitalismusanalyse zusammenzudenken: denn die ökologischen und sozialen Verwerfungen der globalen Gegenwartsgesellschaft wurzeln in den ökonomischen, politischen und kulturellen Widersprüchen des modernen Kapitalismus. Das jedenfalls ist der analytische Ausgangspunkt der von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Kollegforschergruppe „Postwachstumsgesellschaften“, aus deren Kreis von Protagonisten und Fellows die in diesem Heft versammelten Beiträge größtenteils stammen. Sie suchen für eine Problematik zu sensibilisieren, die sich als die gesellschaftspolitisch entscheidende Frage der Zukunft erweisen dürfte – und eine Debatte zu eröffnen, bei deren Fortgang den deutschen und europäischen Gewerkschaften eine ebenso entscheidende Rolle zukommen wird. Der Weg in eine andere, von Wachstumszwängen zumindest teilweise sich emanzipierende Gesellschaft wird ein steiniger sein, und der Stein der Weisen wird sich unterwegs nicht finden lassen. Umso wichtiger scheinen uns Steine des Denkanstoßes zu sein, wie sie im Folgenden präsentiert werden. ■

KONZEPT UND KOORDINATION DES SCHWERPUNKTHEFTES

STEPHAN LESSENICH, Dr. habil, ist Professor für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Ko-Direktor der DFG-Kollegforschergruppe „Postwachstumsgesellschaften“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

@ stephan.lessenich@soziologie.uni-muenchen.de

KLAUS DÖRRE, Dr. habil., ist Professor für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie und Ko-Direktor der DFG-Kollegforschergruppe „Postwachstumsgesellschaften“ an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

@ klaus.doerre@uni-jena.de